



Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

„Gute Arbeit muss drin sein“

DGB Gelsenkirchen

1. Mai 2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Hungerrevolten in Haiti,
- Proteste gegen steigende Brot-Preise in Ägypten,
- Kundgebungen gegen steigende Mais-Preise in Mexiko
- und afrikanische Boots-Flüchtlinge an den Stränden der Kanarischen Inseln

das, Kolleginnen und Kollegen, sind keine Szenen aus einem Hollywood-Film.

Das sind Bilder aus der Welt des 21. Jahrhunderts.

Es sind Bilder aus einer Welt, in der die Produktivität des Nordens das soziale Elend des Südens verschärft.

Die Zusammenhänge sind eindeutig.

Der Gebrauch von Nahrungsmitteln als Bio-Sprit lässt die Nachfrage weltweit in die Höhe schnellen.

In der Folge explodieren die Preise .

Für Millionen ist ihr Grundnahrungsmittel zu einem nicht mehr erschwinglichen Luxus-Gut geworden.

Aber mehr noch:

Die steigenden Preise haben Börsenhändler und Spekulanten auf den Plan gerufen.

Längst sind Weizen, Mais, Sojabohnen und Reis zum Gegenstand von Finanzspekulationen geworden.

So ist der Preis für Weizen in nur zwei Jahren:

- um 250 Prozent gestiegen,
- der Preis für Sojabohnen um 155,
- der Preis für Mais um 152
- und der Preis für Zucker um fast 50 Prozent.

Kolleginnen und Kollegen,
was ist das für eine Welt, in der Millionen auf dem Teller fehlt, was wir in unseren Tank füllen.

Und in der die Super-Reichen ihre Vermögen durch die Spekulation mit dem vermehren, was andere so dringlich zum Überleben brauchen.

Der UNO-Sonderberichterstatter Jean Ziegler, hat die richtigen Worte gefunden.

Er spricht von einem „Imperium der Schande“.

Ja, Kolleginnen und Kollegen, das ist es!

Ein Imperium der Schande, und deshalb sage ich:

Kein Zweifel: Wir haben viele Probleme im eigenen Land.

Massenarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Spaltung und Armut.

Aber die eigenen Probleme dürfen uns nicht stumpf machen für katastrophalen Folgen, die unsere Wirtschafts- und Lebensweise in anderen Regionen der Welt anrichtet.

Wann, wenn nicht am Tag der Internationalen Arbeiterbewegung, sollten wir uns selbst wach rütteln.

Jean Ziegler sagt: „Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.“

Das ist richtig, und es ist auch machbar:

- durch die Öffnung unserer Märkte für die Dritte Welt,
- durch verbindliche soziale Menschen- und Grundrechte in den globalen Handels-Abkommen,
- durch verbindliche Umweltauflagen und die Regulierung der Finanzmärkte
- und nicht zuletzt durch die Besteuerung dieser wahnwitzigen Spekulationen mit Devisen, Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern.

Das ist unverzichtbar - und es sollte uns eine Verpflichtung der internationalen Solidarität sein!

Spaltung und maßlose Managergier in der 1. Welt

Kolleginnen und Kollegen,

Auch in den reichen Ländern des entwickelten Kapitalismus finden wir zunehmend Zonen des Elends, bei gleichzeitig explodierendem privaten Reichtum.

Die Ansammlung gigantischer Vermögen in den Händen einer kleinen wirtschaftlichen Elite sprengt jede Vorstellungskraft.

John Paulson, ein Finanzfonds-Manager von der Wall Street, hat – gegen den mainstream - darauf gewettet, dass die Immobilienpreise in den USA fallen würden.

Er setzte mit einem guten Riecher auf die Krise, die derzeit die Weltwirtschaft erschüttert und Millionen von um ihr Wohneigentum bringt.

Für diese Aktivität kassierte er im Jahr 2007 ein Gehalt von sage und schreibe 3,7 Milliarden US Dollar bzw. 2,3 Milliarden Euro.

Er bekam damit in einem Jahr so viel auf sein Konto überwiesen, wie etwa 560 000 Hartz IV – Empfänger zusammen.

Ja, ein Imperium der Schande - wie anders sollte man eine solche Ordnung nennen!

Der Aufschwung ist da – aber er läuft an den Menschen vorbei

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

schauen wir nicht ins ferne Amerika, wir haben genug vor der eigenen Tür zu kehren.

Tagtäglich hören wir – vor allem von der Frau Bundeskanzlerin:

„Alles Aufschwung – alles Super!

Die Wirtschaft brummt und das ist gut für alle.“

Kein Zweifel: Umsätze der DAX-Unternehmen sind im letzten Jahr um 10 Prozent gestiegen, die Gewinne im Schnitt um mehr als 50 Prozent.

Und die Top-Manager der Konzerne können durchaus den Optimismus von Angela Merkel teilen.

Sie haben im letzten Jahr wieder ordentlich hingelangt.

Auch die, die bei Nokia tausende Arbeitsplätze vernichtet haben.

Und die, die den Welt-Konzern Siemens in den Korruptions-Sumpf geführt haben.

Um durchschnittlich 18 Prozent sind die Gehälter der DAX-Manager gestiegen.

5, 7, 10 und 13 Millionen Euro – das sind die Summen, die sie jährlich abgreifen.

Mittlerweile konzentriert sich das Nettovermögen in Deutschland zu 80 Prozent in den Händen von 20 Prozent der Bevölkerung.

Die untere Hälfte verfügt über keinerlei Vermögen oder sitzt bereits in der Schuldenfalle.

Von den über 2 Millionen Kindern, die in Armutshaushalten leben, ganz zu schweigen.

Kolleginnen und Kollegen,
auch wir sind von dieser Welt, auch wir können uns vorstellen, dass
Millionengehälter gute Laune machen.

Aber wir wissen auch:

Es ist verdammt noch mal nicht die Aufgabe einer demokratisch gewählten
Regierung, Multimillionären die Laune zu verbessern und zuzuschauen, wie
die sich die Taschen füllen.

Es ist ihre Aufgabe, Fehlentwicklungen dieser Art entgegenzuwirken.

Unser Grundgesetz sagt: „Eigentum verpflichtet! ... sein Gebrauch soll dem
Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Da steht nicht, der Gebrauch von Eigentum berechtigt zu unbotmäßigem
Reichtum.

Und deshalb sage ich in Richtung Bundesregierung:

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Großen Koalition:

Respektieren sie endlich den Geist unserer Verfassung!

Und der heißt: Politik für Arbeit und Gerechtigkeit für Viele und nicht
Privilegienschutz für Wenige.

Und dieser Auftrag gilt auch für eine Bundesregierung!

Prekäre Beschäftigung statt Guter Arbeit

Kolleginnen und Kollegen,
ich höre unsere Damen und Herren Regierungsvertreter schon rufen:

„Was wollt ihr denn, die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit ab.“

Ja, manche schwadronieren schon lautstark von Vollbeschäftigung.

Kolleginnen und Kollegen,
da haben einige offensichtlich einen erheblichen Knick in der sozialen Optik.

Ja, es entstehen Arbeitsplätze, aber was für welche?

Gut der Hälfte fehlt es an sozialem Schutz, tariflicher Bezahlung und
gesundheitsverträglichen Arbeitsbedingungen.

Von akzeptablen Arbeitsinhalten ganz zu schweigen.

Immer weniger Menschen können von ihrer Arbeit leben.

Über 6,5 Millionen Menschen arbeiten mittlerweile im Niedriglohnsektor.

Mehr als 2 Millionen erhalten nicht mal 5 Euro die Stunde.

Deutschland ist mit einem Anteil von 22 Prozent Niedriglöhnern fast auf dem Niveau des US-Amerikanischen Arbeitsmarktes.

Und deshalb, sehr geehrte Frau Merkel:

Nicht Aufschwung-Gesumse sondern Niedriglohn-Alarm ist angesagt!

Den 1-Euro-Jobbern und den Mini- und Midi-Jobbern, den befristeten und den Leiharbeitern klingt das Gerede vom Aufschwung wie Hohn und Spott in den Ohren!

Und Hohn und Spott ist das letzte, was diese Menschen brauchen!

Die Beschäftigten in diesem Lande wollen ihren fairen Anteil an dem Aufschwung, für den sie - weiß Gott - hart genug malochen.

Das ist ihr gutes Recht, und dafür werden wir weiter kämpfen!

Mindestlöhne und Leiharbeit

Aus diesem Grund kämpfen wir im DGB auch für einen akzeptablen Mindestlohn.

Und deshalb hat die IG Metall eine Leiharbeits-Kampagne gestartet.

„Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ – das ist unsere Losung.

Wir wollen Schluss machen mit der Spaltung in Kern- und Randbelegschaften.

Wir wollen und werden es nicht akzeptieren, dass der eine Kollege für seine Arbeit 14, 15 oder 16 Euro in der Stunde bekommt und der Leiharbeiter nebenan mit 5 oder 6 Euro abgespeist wird.

Ja, wir machen mobil gegen das schleichende Gift der Entrechtung abhängiger Arbeit.

Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis.

Wir wollen Arbeit mit anständigen Löhnen, sozialer Absicherung und mit starken Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften im Rücken.

Das ist für uns gute Arbeit, und die muss drin sein!

Kolleginnen und Kollegen!

Immer wieder müssen wir für gute Arbeit mit fairer Bezahlung auch kämpfen.

Etwa in Tarifrunden.

Die Beschäftigten der Stahl- und Chemieindustrie und die des öffentlichen Dienstes haben ihres diesjährigen Abschlüsse unter Dach und Fach.

Uns seit gestern haben auch die Kolleginnen und Kollegen von der Post einen Abschluss in der Tasche.

Es waren gute Abschlüsse, zu denen man Euch, Kolleginnen und Kollegen, nur gratulieren kann.

Gute Arbeit heißt auch Gute KFZ-Tarifverträge

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Gute Arbeit heißt auch: Gute Tarifverträge!

In der Industrie, im öffentlichen Dienst, aber auch im Handwerk.

Und da, nämlich im KFZ Handwerk in Nordrheinwestfalen, stehen wir mitten in einer knallharten Auseinandersetzung:

Dabei geht es ums Ganze, um gute Tarifverträge für mehr als 85.000 Beschäftigte.

Der Verband des Kfz-Gewerbes NRW hat die Verhandlungen Ende letzter Woche platzen lassen.

Nach fünf Runden führten sie auf einmal eine Komödie auf: Kurz vor einer Einigung hieß es plötzlich: „Wir sind nicht tarifzuständig!“

Und das, obwohl sie ein paar Tage vorher noch schnell einen Tarifvertrag unterschrieben haben. Und zwar mit der sogenannten „Christlichen Gewerkschaft Metall“.

Die haben zwar so gut wie keine Mitglieder, aber dafür bieten sie sich den Arbeitgebern um so willfähriger als Billig-Heimer an.

Und die greifen natürlich zu.

Um bis zu 3 Stunden soll die wöchentliche Arbeitszeit verlängert werden.

Kolleginnen und Kollegen,
das ist schlicht und einfach eine Unverschämtheit!

Und das werden wir auf keinen Fall akzeptieren!

Wir werden nicht zusehen, wie durch Arbeitszeitverlängerung tausende Jobs verloren gehen!

In mehreren Tarifgebieten haben wir als IG Metall eine ordentliche Entgelterhöhung durchgesetzt.

Rund 6,5 Prozent in drei Stufen - und zwar ohne Arbeitszeitverlängerung!

Und das verlangen wir auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in NRW.

Nicht mehr und nicht weniger!

Und deshalb werden wir für einen ordentlichen Tarifvertrag kämpfen!

Betrieb für Betrieb – und wenn es sein muss, auch mit einem Arbeitskampf!

Darauf können sich die Scharfmacher unter den NRW-Arbeitgebern verlassen!

Und ich bin mir sicher, ihr werdet an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen stehen.

Politik für die Zukunft: Mehr und bessere Ausbildungsplätze

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit heißt für uns auch:

mehr und bessere Ausbildungsplätze.

Zukunftsvorsorge für die Jungen ist das A und O für eine gute Gesellschaft.

Ich halte es für unerträglich, wenn ich dieses Gejammer über angeblich fehlende Fachkräfte höre:

- Erst missbrauchen sie gerade die Jungen als Sparschweine der Nation - durch Einsparungen bei Ausbildung und Ausbildungsvergütungen,
- dann muss man sie Ausbildungsplatz für Ausbildungsplatz zum Jagen tragen, muss ihnen anständige Ausbildungsinhalte und faire Ausbildungsbedingungen abringen,

und dann stellen sich diese Herren hin, und jammern über den Mangel an Facharbeitern und Ingenieuren.

Kolleginnen und Kollegen,

manchmal ist die Welt ganz kompliziert, aber manchmal ist die Sache auch ganz einfach:

- Wer morgen Fachkräfte haben will, muss heute ausbilden;
- und wer morgen leistungsstarke Beschäftigte haben will, der muss sie heute gut bezahlen und ihnen nach der Ausbildung eine Perspektive bieten!

Also meine Herren Personalvorstände:

nicht jammern, sondern handeln.

- faire Ausbildungsvergütungen
- zukunftsorientierte Ausbildungsinhalte
- und Übernahme für alle,

dass ist der Stoff aus dem eine gute Personalpolitik gemacht wird.

Und wer partout nicht ausbilden will, der muss wenigsten zahlen - Basta!

Flexible Übergänge in den Ruhestand statt Rente mit 67 und Rentenklau

Kolleginnen und Kollegen,

gute Ausbildungsplätze sind die eine, faire Übergänge in die Rente die andere Komponente eines solidarischen Generationenvertrags.

Ich empfehle den Rentenpolitikern in Berlin:

Schaut euch doch mal die Arbeitswelt von heute an.

Schaut in die Krankenhäuser, die Supermärkte, die Automobilfabriken und die Stahlwerke, schaut auf den Bau oder in die vielen Handwerksbetriebe, dann werdet ihr sehen:

Überall wird die Arbeit härter, nehmen Druck und psychische Belastungen zu.

Das halten die Wenigsten bis zum 65. Lebensjahr aus.

Und jetzt, ihr wisst es, sollen wir auch noch bis 67 malochen.

Kolleginnen und Kollegen,

dümmer geht's nimmer.

Die, die Arbeit haben, sollen länger arbeiten und damit denen, die Arbeit suchen, die Chancen auf einen Arbeitsplatz rauben.

Und die, die dann ihre Gesundheit verschlissen haben, werden ausgemustert und mit Rentenkürzungen abgestraft.

Das ist zynisch und menschenverachtend!

Und deshalb sage ich:

Die Arbeitswelt muss humanisiert werden, die Rente mit 67 verschwinden und die Altersteilzeit muss fortgeführt werden!

Das ist es, was die Menschen brauchen – und das erwarten wir auch von der Politik!

Der „Skandal“ der Rentenanpassung

Kolleginnen und Kollegen,

Damit sind wir beim Top-Thema der letzten Wochen.

Die Profi-Lügner der Bild-Zeitung schlugen Alarm, die Talkshows hatten ihr Thema gefunden und selbst der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog warnte vor der Katastrophe einer Rentner-Demokratie!

Kurzum: Das Abendland stand kurz vor dem Untergang!

Was war geschehen?

Der Minister hatte angekündigt:

die Renten steigen im kommenden Jahr nicht um 0,46 Prozent, sondern um 1,1 Prozent.

Die Renten haben seit 2003 um fast neun Prozent an Wert verloren.

Und durch die Preissteigerung von vermutlich drei Prozent wird das auch bei einem Plus von 1,1 Prozent so weiter gehen.

War das der Grund der Aufregung – leider nein!

Kolleginnen und Kollegen,

nehmt mir ein offenes Wort nicht übel, aber manchmal habe ich den Eindruck, ich lebe in einem Irrenhaus!

Was ist bloß aus unserem Sozialstaat geworden.

Unsere Rentenversicherung und der Generationenvertrag waren einst das Flaggschiff des deutschen Sozialstaats.

Aus vielen Ländern kamen Sozialpolitiker nach Deutschland gepilgert, um dieses Monument des sozialen Fortschritts zu studieren.

Und heute?

Heute ruft eine mehr als mickrige Rentenerhöhung eine Hysterie hervor.

Kolleginnen und Kollegen,
da können wir uns nicht wegducken, da müssen wir gegenhalten!

Die Alten in unserer Gesellschaft haben ein Recht auf einen menschenwürdigen Ruhestand.

Und die Jungen haben ein Recht auf faire Beitragssätze und ein zukunftsfestes Rentensystem.

Sie haben im Alter einen Anspruch auf die gleiche Solidarität, die sie heute ihren Eltern und Großeltern gewähren.

Und deshalb sage ich: Wir machen diesen Krieg der Generationen nicht mit!

Wir kämpfen auch weiterhin für soziale Sicherheit im Alter und faire Zukunftschancen für die Jungen!

Und wir tun dies, wie es sich für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gehört: nicht gegeneinander, sondern Jung und Alt gemeinsam.

Das war so – und das wird auch so bleiben!

Gegen private Profitansprüche – für eine Erwerbstätigenversicherung

Aber, Kolleginnen und Kollegen,

mit Blick auf die Rentendebatte lässt sich mit Shakespeare's Hamlet sagen:
„Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode“!

Das Kaputtreden der Rentenversicherung hat Methode.

Seit Jahren macht sich eine Koalition aus neoliberalen Politikern, opportunistischen Wissenschaftlern, Bankern und Fondsmanagern an der gesetzlichen Rentenversicherung zu schaffen.

Sie wittern das große Geld.

Sie riechen die Milliarden, die in der Altersvorsorge zu verdienen sind.

Ihre Philosophie folgt dem Zeitgeist.

„Solidarität und kollektive Sicherheit sind out - Eigennutz und private Vermögensbildung sind in!“

Oder anders formuliert: „Wenn jeder nur an sich denkt – dann ist ja auch an alle gedacht!“

Schaut euch die Banker und Fondsmanager an, wie sie mit Dollarzeichen in den Augen über die Notwendigkeit privater Kapitalvorsorge reden.

Und hört euch die zittrigen Stimmen der so genannten Wissenschafts-Experten an, wenn sie an die Honorare für ihre Vorträge gegen die Rentenversicherung denken.

Nein, Kolleginnen und Kollegen,

diese Welt des Eigennutzes und der Profite ist nicht unsere Welt.

Wer sich Privatvorsorge in großem Umfang leisten kann, der soll dies tun.

Es sei ihm gegönnt!

Aber die übergroße Mehrheit in unserem Land ist und bleibt auf die gesetzliche Rente angewiesen.

Und deshalb kämpfen wir für die Weiterentwicklung der sozialen Rentenversicherung.

Wir fordern: alle Erwerbstätigen rein in das Solidarsystem.

Alle zahlen Beiträge und alle erhalten Leistungen.

Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Solidarität – auch, ja gerade für eine bessere Zukunft!

Der Vergangenheit verpflichtet

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

soziale Sicherheit und Menschenrechte sind uns Zukunftsaufgabe, aber zugleich historische Verpflichtung.

Morgen, am 2. Mai 2008, jährt sich zum 75. mal der Tag, an dem die Hitler-Faschisten die Gewerkschaftshäuser besetzt haben.

Das war der Auftakt zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, zur Zerstörung der Demokratie und zu einem mörderischen Krieg.

Der Fortgang der Geschichte ist bekannt: Menschen wurden entrechtet, gequält, entwürdigt und zu Millionen ermordet.

Wir wissen um diese Vergangenheit.

Und wir hören schon wieder junge und alte Nazis ihre menschenverhetzenden Parolen durch deutsche Städte schreien.

Und weil das so ist sind wir entschieden, nicht noch einmal zuzuschauen, wie Demokratie und Sozialstaat in die Brüche gehen.

Gerade in unserer unübersichtlichen Zeit ist der Sozialstaat mit seinem Versprechen von Sicherheit und Solidarität unverzichtbares Fundament der Demokratie.

Kampf für den Sozialstaat und Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und neofaschistische Parteien sind die zwei Seiten der gleichen Medaille.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg - das ist und bleibt unsere Losung!

Schlussbemerkung

Kolleginnen und Kollegen,
diesen Kampf werden wir führen müssen, das wird uns keiner abnehmen.

Und wir werden ihn solidarisch und gemeinsam führen: jung und alt, Männer und Frauen, Deutsche und Nichtdeutsche.

Die Bedingungen sind gar nicht so schlecht.

Arbeit und soziale Gerechtigkeit – diese Ziele findet immer mehr Unterstützung.

Und immer mehr sind bereit, diese Auseinandersetzung mit der Perspektive für eine andere, eine bessere Gesellschaft zu verbinden.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Kapitalismus.

Eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Mit diesem Ansinnen ist die Arbeiterbewegung einmal angetreten.

Es ist das Ansinnen, dass Imperium der Schande durch ein globales Imperium der Solidarität zu überwinden.

Es ist ein altes Ansinnen, aber zugleich das beste, das ich kenne.

Also: Auf geht's!

Es lebe der 1. Mai!